

Sitzung vom 25. Januar 2012 / Geschäft Nr. 6.2

## Bericht

### Interpellation Bruno Vanoni und Mitunterzeichnende betreffend "Bildung und Buslinien auch in Zollikofen in Gefahr – wegen der Steuersenkungspolitik des Grossen Rates"; Antwort

#### 1. Ausgangslage

Am 14. September 2011 reichte Bruno Vanoni und Mitunterzeichnende folgende Interpellation ein betreffend "Bildung und Buslinien auch in Zollikofen in Gefahr – wegen der Steuersenkungspolitik des Grossen Rates":

*"Im Frühjahr 2010 ist der Gemeinderat Zollikofen bei Mitgliedern des Grossen Rates vorstellig geworden, weil wegen der damals diskutierten Steuergesetz-Revision „allzu grosse Ertragsausfälle“ drohten. Anderthalb Jahre später zeigen sich die Folgen der Steuersenkungspolitik, welche die bürgerliche Mehrheit des Grossen Rates durchgesetzt hat: Die Kantonsregierung musste ein Sparpaket vorlegen, das Ausgabenkürzungen in der Höhe von 277 Millionen Franken vorsieht. 93 Prozent dieses Umfangs sind auf Einnahmenausfälle wegen der in letzter Zeit beschlossenen Senkung von Einkommens-, Vermögens- und Motorfahrzeugsteuern zurückzuführen.*

*Gespart werden soll aller gegenteiligen Wahlsprüche von Parteien und Politikern zum Trotz auch bei der Bildung – und zwar konkret auch in den Schulen von Zollikofen: Der Unterricht soll um eine bis zwei Lektionen verkürzt werden, obwohl im Kanton Bern gemäss PISA- und anderen Studien eher eine höhere Lektionenzahl insbesondere in naturwissenschaftlich-mathematischen Fächern geboten wäre.*

*Trotz des einschneidenden Sparpakets verbleibt im Kantonsbudget 2012 ein Defizit von über 150 Millionen Franken, was aufgrund der Schuldenbremse nicht zulässig wäre und vom Kantonsparlament nur mit einer Drei-Fünftel-Mehrheit ausnahmsweise beschlossen werden kann. Für den durchaus möglichen Fall, dass der Grosse Rat kein solches Defizit zulässt, wird der Regierungsrat zu weiteren Ausgabenkürzungen gezwungen sein.*

*Eine mögliche zusätzliche Sparmassnahme, die sich auch aus der Ablehnung der vorgeschlagenen Förderabgabe im kantonalen Energiegesetz ergeben könnte, hat der Regierungsrat bereits aufgezeigt: 30 Buslinien müssten gestrichen werden, darunter nicht weniger als drei, die zum öffentlichen Verkehrsangebot von Zollikofen gehören: Bremgarten – Worblaufen, Bern – Wohlen – Zollikofen, Zollikofen – Münchenbuchsee.*

*Aufgrund solcher drohenden Auswirkungen der bürgerlichen Steuersenkungspolitik bitten wir den Gemeinderat um die Beantwortung der folgenden Fragen:*

- 1. Ist der Gemeinderat bereit, sich bei Grossratsmitgliedern und in der Öffentlichkeit gegen die Reduktion der Lektionenzahl in der Volksschule und gegen andere Sparmassnahmen im Bildungswesen einzusetzen?*

Autor:	Speicherdatum	Pfad, Datei:	Datum, Zeit / User	Version	Seite
Bichsel Daniel	15.12.2011	g:\00_daten\01_präsidentiales\001_zd\0090_ggr\0093_sitzungen\120125i_vanoni_gr-politik.ggr.docx	10.01.2012 14:29 / bd	1.5	1 von 3

2. *Ist der Gemeinderat im gleichen Sinne bereit, sich gegen die Streichung der erwähnten Buslinien zu wehren – zumal ein hängiger Vorstoss im Grossen Gemeinderat von Zollikofen eine Ausdehnung der Betriebszeiten der Buslinie Nr. 33 Bremgarten Zollikofen verlangt?*
3. *Wie beurteilt der Gemeinderat die Senkung der Motorfahrzeugsteuern, über welche nochmals abgestimmt werden muss, angesichts der Tatsache, dass eine Annahme des so genannten Volksvorschlags die kantonalen Finanzen nochmals um rund 100 Millionen verschlechtern würden? Hält er angesichts der dramatischen Lage der Kantonsfinanzen ein Ja zum Volksvorschlag noch für verantwortbar?"*

## 2. Antwort des Gemeinderates

### Allgemeine Bemerkungen

Der Voranschlag 2012 des Kantons Bern wurde im Grossen Rat anlässlich seiner Novembersession beschlossen. Zwischen dem Einreichdatum der Interpellation und deren Beantwortung sind zwischenzeitlich verschiedene Entscheide bereits getroffen worden, und damit sind Abweichungen zur dargestellten Ausgangslage und zu den aufgeworfenen Fragestellungen entstanden.

Der Voranschlag 2012 des Kantons Bern weist nach den Beratungen im Grossen Rat eine "schwarze Null" aus, womit die Vorgaben der Schuldenbremse im kantonalen Finanzhaushalt nicht verletzt werden.

Es ist richtig, dass sich der Gemeinderat seinerzeit bei der Beratung der letzten Steuergesetz-Revision an einzelne Mitglieder des Grossen Rates gewendet hat. Die Intervention beziehungsweise Einmischung in die kantonale Politik war durch die *unmittelbare* Betroffenheit der Einwohnergemeinde begründet. Die Einwohnergemeinden, als öffentlich-rechtliche Körperschaft, haben eine direkt vom kantonalen Steuergesetz abgeleitete Steuerhoheit. Somit war die Gemeinde (in ihrer Eigenschaft als autonome Körperschaft mitsamt ihrem Finanzhaushalt) direkt betroffen.

Der Gemeinderat beabsichtigt, sich auch künftig nicht zu den anstehenden Sachgeschäfte in kantonalen Angelegenheiten zu äussern. Die Vielzahl der Geschäfte, welche einen erheblichen und / oder geringeren Einfluss auf die Gemeinde haben, verunmöglicht es dem Gemeinderat aus Kapazitätsgründen hier vermehrte Aktivitäten zu entfalten. Bei vielen der zu treffenden Entscheide handelt es sich letztlich auch um Fragen des "Verteilkampfes" der Mittel (Mitteilzuteilung), weshalb hier insbesondere die politischen Parteien gefordert sind. Zudem ist es nach Auffassung des Gemeinderates Aufgabe der gewählten Volksvertreterinnen und Volksvertretern, die Auswirkungen für die Gemeinden zu erkennen und gegebenenfalls entsprechend darauf zu reagieren. Der Gemeinderat unterzieht sich somit gegebenenfalls einem kantonalen Verdikt und akzeptiert die demokratisch zustande gekommenen Entscheide. Für Anfragen beziehungsweise Einschätzungsfragen von Grossrätinnen und Grossräten aus der Gemeinde für die Beurteilung der Gemeinderelevanz von einzelnen Sachgeschäften steht der Gemeinderat selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Der Gemeinderat behält sich in Einzelfällen vor, sich an möglichen Einflussnahmen zu beteiligen (zum Beispiel Kontaktaufnahme mit Grossrätinnen oder Grossräten aus der Gemeinde und / oder naher Region). Dies dann, wenn es sich um eine koordinierte und konzentrierte Vorgehensweise aller oder einen grösseren Kreis unmittelbar betroffener Gemeinden handelt. Diese Massnahmen sollen jedoch die Ausnahme bleiben und vor allem beim ausdrücklichen Ersuchen der kommunalen Verbände oder der Gruppe der hauptamtlichen Gemeindepäsidenten eingesetzt werden. Hier dürfte es sich hauptsächlich um Fragen der Aufgabensteuerung und –finanzierung sowie um Fragen der kommunalen Organisation handeln.

Autor:	Speicherdatum	Pfad, Datei:	Datum, Zeit / User	Version	Seite
Bichsel Daniel	15.12.2011	g:\00_daten\01_präsidentiales\001_zd\0090_ggr\0093_sitzungen\120125\i_vanoni_gr-politik.ggr.docx	10.01.2012 14:29 / bd	1.5	2 von 3

Frage 1: *Ist der Gemeinderat bereit, sich bei Grossratsmitgliedern und in der Öffentlichkeit gegen die Reduktion der Lektionenzahl in der Volksschule und gegen andere Sparmassnahmen im Bildungswesen einzusetzen?*

Die Reduktion von Lektionen an der Volksschule gehört zu den regierungsrätlichen Sparmassnahmen im Rahmen des Voranschlages 2012, welche vom Grossen Rat in der Novembersession 2011 bestätigt wurden. Somit ist die Fragestellung hinfällig beziehungsweise kann mit Nein beantwortet werden.

Frage 2: *Ist der Gemeinderat im gleichen Sinne bereit, sich gegen die Streichung der erwähnten Buslinien zu wehren – zumal ein hängiger Vorstoss im Grossen Gemeinderat von Zollikofen eine Ausdehnung der Betriebszeiten der Buslinie Nr. 33 Bremgarten Zollikofen verlangt?*

Nein. Die Streichung von Buslinien wurde von der kantonalen Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion (BVE) in Erwägung gezogen, falls direktionsintern weitergehende Sparmassnahmen umgesetzt werden müssten. Die vom Regierungsrat – auf einen entsprechenden grossrätlichen Vorstoss hin – aufgelisteten Angebotskürzungen beim öffentlichen Verkehr waren primär hypothetischer Natur. Eine Anpassung des Angebotsbeschlusses – welcher gleichzeitig mit dem Budgetentscheid hätte beschlossen werden müssen – stand in der Novembersession des Grossen Rates nicht zur Debatte.

Frage 3: *Wie beurteilt der Gemeinderat die Senkung der Motorfahrzeugsteuern, über welche nochmals abgestimmt werden muss, angesichts der Tatsache, dass eine Annahme des so genannten Volksvorschlags die kantonalen Finanzen nochmals um rund 100 Millionen verschlechtern würden? Hält er angesichts der dramatischen Lage der Kantonsfinanzen ein Ja zum Volksvorschlag noch für verantwortbar?*

Der Gemeinderat Zollikofen äussert sich nicht zur anstehenden Frage betreffend Senkung der kantonalen Motorfahrzeugsteuern, welche einem erneuten Volksentscheid zugeführt wird. Der Zustand des kantonalen Finanzhaushaltes wird nicht einzig von dieser Massnahme abhängen, obwohl dieser jährlich wiederkehrende Ertragsausfall stark zu Buche schlagen würde.

Seit 1. Januar 2012 partizipieren die Gemeinden ausserdem nicht mehr vom Ertrag aus den Motorfahrzeugsteuern. Somit fehlt in dieser finanzpolitischen Frage die unmittelbare Betroffenheit der Gemeinde.

Zollikofen, 6. Januar 2012

GEMEINDERAT ZOLLIKOFEN

Stefan Funk  
Präsident

Yves Marti  
Gemeindeschreiber-Stv.

Autor:	Speicherdatum	Pfad, Datei:	Datum, Zeit / User	Version	Seite
Bichsel Daniel	15.12.2011	g:\00_daten\01_präsidentiales\001_zd\0090_ggr\0093_sitzungen\120125\i_vanoni_gr-politik.ggr.docx	10.01.2012 14:29 / bd	1.5	3 von 3